

Verstärkt die ideologische Arbeit in den Betriebs- und Betriebsgruppen der Privatindustrie

Bereits die Gewerkschaftswahlen zu Beginn des Jahres haben die ungenügende ideologische Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie gezeigt. Hierauf wird in der Entschließung des Parteivorstandes vom März dieses Jahres — „über die Hilfe der Partei zur Unterstützung der Gewerkschaften“ — hingewiesen. Der Entschließungsentwurf des Parteivorstandes zum III. Parteitag behandelt diese Frage besonders eindringlich, und es heißt:

„Ferner weist der Parteitag darauf hin, daß die ungenügende Massenarbeit unter den in der Privatwirtschaft beschäftigten, Arbeitern unzulässig ist. Unter den Arbeitern ist die Entwicklung des Klassenbewußtseins die erste und dringendste Aufgabe der Partei.“

Die Untersuchung der Arbeit unserer Parteileitungen im Kreis Glauchau durch die Organisationsabteilung des Parteivorstandes, die zu einer Stellungnahme des Sekretariats des Politbüros Anlaß gab, läßt den besonderen Ernst der Lage erkennen. Hier treten ganz klar und konkret die Schwächen auf, die durch eine unzulängliche Anleitung einerseits und unsystematische Schulung andererseits entstehen konnten.

Ohne Zweifel sind die Fälle, in denen Mitglieder unserer Betriebsgruppen den Machenschaften und der sozialen Demagogie gewissenloser Unternehmer unterlegen sind, nicht selten und nicht allein in Glauchau anzutreffen. Der Mangel an Klassen Wachsamkeit, das Fehlen jeglicher Kontrolle und praktisch ausgeübten Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaft in den Privatbetrieben, die Beispiele ideologischer Sorglosigkeit wirken geradezu alarmierend. Und wenn es in der Stellungnahme des Sekretariats des Politbüros heißt:

„Die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei haben die besondere Lage in den Privatbetrieben, die durch das Verhältnis vom Unternehmer zum Lohnarbeiter gekennzeichnet ist, nicht erkannt“, so ist es jetzt eine der dringendsten Aufgaben der Parteipropaganda, diese Schwächen zu beseitigen und Anleitung und Hilfe zu leisten, daß mit den Fehlern der Vergangenheit endgültig Schluß gemacht wird.

Der Beschluß des Parteivorstandes vom 2. und 3. Juni 1950 „über die Verbesserung der Parteipropaganda“ sieht für alle Mitglieder und Kandidaten der Partei, die noch ungenügend mit den Grundbegriffen des Marxismus-Leninismus vertraut sind, sowie für Parteiose, die den Marxismus-Leninismus studieren wollen, die Einrichtung von politischen Grundschulen vor, deren Charakter in Nr. 12 „Neuer Weg“ von den Genossen Ankermann und Blöcher bereits behandelt worden ist.

Die Einrichtung von politischen Grundschulen für Genossen, die den Betriebsgruppen in privaten Betrieben angehören, ist das geeignete Mittel zur Hebung des politischen Niveaus und zur Überwindung der bestehenden Mängel. Die politischen Grundschulen für die Betriebsgruppenmitglieder der Privatindustrie sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie den Mitgliedern das Grundwissen des Marxismus-Leninismus vermitteln und darüber hinaus den Lehrern die Möglichkeit geben, die betrieblichen und örtlichen Verhältnisse genau kennenzulernen und sie mit dem Lehrstoff in lebendige Verbindung zu bringen. Bei der Einstufung der Genossen ist im allgemeinen nach dem Strukturplan des neuen Schulungssystems zu verfahren gemäß der Entschließung des Parteivorstandes „Über die Verbesserung der Parteipropaganda“. Das bedeutet, das

zum Beispiel Genossen, die bereits an vier- oder sechswöchigen Lehrgängen der Kreispartei-schule teilgenommen haben, in einem Zirkel zum Studium der Biographie Stalins, in den Zirkeln zum Studium der „Geschichte der KPdSU (B) — Kurzer Lehrgang“ oder — soweit sie Funktionäre sind — an der Kreisabendschule studieren werden.

Das einheitliche Lehrjahr beginnt laut Beschluß des Parteivorstandes in diesem Jahr am 1. November 1950. Um die Fülle der anfallenden Aufgaben, die sich durch die gesamte Reorganisation der Parteipropaganda ergeben, termingemäß lösen zu können, sollten sich die Landesleitungen schon heute mit diesen Fragen beschäftigen, um den Kreisleitungen bei der Einstufung der in Privatbetrieben beschäftigten Parteimitglieder rechtzeitig Hilfe und Anleitung geben zu können.

Es steht fest, daß von einer gründlichen ideologischen und organisatorischen Vorbereitung nicht nur der Aufbau der politischen Grundschulen, sondern deren Durchführung über die Dauer des Lehrjahres abhängig sein wird. Der politische Bildungsabend im Juli soll den Grundstein legen, auf dem wir das heu zu errichtende Gebäude unserer Parteipropaganda aufbauen. Das Thema lautet „Die Aufgaben der Parteipropaganda“ und befaßt sich eingehend mit dem Beschluß des Parteivorstandes „über die Verbesserung der Parteipropaganda“. Dieser Bildungsabend wird in den Betriebsgruppen der Privatbetriebe eine besondere Rolle spielen müssen. Die Genossen der Abteilung Propaganda und die Instruktoren der Kreise werden den Betriebsgruppen zur Organisierung und Durchführung des Bildungsabends Anleitung und Hilfe geben müssen, um die Beteiligung aller Mitglieder zu erreichen. Die Auswahl der Referenten ist sorgfältig zu überprüfen, und es sind nur solche Genossen auszuwählen, die ideologisch stark sind und es verstehen, auf die besondere Lage in den Privatbetrieben einzugehen.

Es gilt auch hier, die Atmosphäre des Lernens zu schaffen, so daß die Genossen mit Überzeugung an den Aufbau der politischen Grundschulen und Zirkel herangehen und daran interessiert sind, auch parteilose Gewerkschafter und Sympathisierende für den Besuch zu werben.

Die Einführung des neuen Schulungssystems dürfte für die Betriebsgruppen der größeren Privatbetriebe, wie zum Beispiel in der Textilindustrie in Sachsen, organisatorisch wenig Schwierigkeiten bereiten. Dagegen werden sorgfältige und umfangreiche organisatorische Vorbereitungen notwendig sein, um die Genossen, die in kleinen und Kleinstbetrieben arbeiten, im neuen System der Parteischulung zu erfassen. Hier müssen Voraussetzungen geschaffen werden, Genossen aus mehreren kleinen Betrieben, die eine Belegschaftsstärke von zehn Mann und weniger haben, in einer gemeinsamen politischen Grundschule zusammenzufassen.

Besondere Bedeutung kommt der Auswahl der Lehrer für die Grundschule für die in den privaten Betrieben tätigen Genossen zu. Hier sollten nur Genossen die Leitung der Schule übernehmen, die ein starkes Klassenbewußtsein besitzen und über ein umfassendes Wissen der marxistisch-leninistischen Theorie verfügen.

Ein Erfahrungsaustausch in den Funktionärzeiten wird dazu beitragen, aus guten Beispielen zu lernen und Fehler zu vermeiden. Hiervon sollten wir in Zukunft viel mehr Gebrauch machen und von den Arbeitern aus den volkseigenen und SAG-Betrieben lernen.

Durch die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei über die verstärkte propagandistische Arbeit in den Privatbetrieben werden wir nicht nur der Gewerkschaft eine tatkräftige Unterstützung bieten, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie von der Richtigkeit der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands überzeugen und sie schneller für den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands, für den Kampf um die Festigung unserer Deutschen Demokratischen Republik gewinnen.